

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Winkelstr. 17) bei C. H. Alrici & Co. Zweitecke 14, in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in L. eserich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Hesse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 686.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Befellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 30. September.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 29. September. Der Kanzlei-Diätarius Dennig im Reichsamt des Innern ist zum Geh. Kanzlei-Sekretär ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 30. September.

Das „Wiener Tagblatt“ meldet:

Fürst Bismarck soll der österreichisch-ungarischen Regierung, wie jetzt bekannt wird, tatsächlich einen Handelsvertrag von weitgehender Bedeutung vorgelegt haben. Derselbe soll bei den diesseitigen Regierungen eine gute Aufnahme mit Rücksicht darauf gefunden haben, daß die längste Zollgrenze, welche beide Länder auf landwirtschaftlichem und gewerblichem Gebiete sich vielfach ergänzt. In letzterer Beziehung wird wohl Gewicht darauf gelegt, daß die deutsche Ausfuhr nach Oesterreich von 1864 bis 1875 fast auf das Dreifache gestiegen ist. Von in der Regel gut unterrichteter Seite wird sogar berichtet, daß die österreichisch-ungarische Regierung der Idee einer Zollvereinigung beider Staaten Sympathie entgegenbringe und daß dieselbe bei der Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und Baron Haymerle in Friedrichsruh lebhaft diskutiert worden sei.

In dieser Nachricht ist nicht angegeben, in welchem Zeitpunkt der neue Vorschlag des Fürsten Bismarck gefallen sein soll. Allerdings sind wir der Ansicht, daß die Regelung der österreichisch-ungarischen Handelsbeziehungen ein Thema ist, das schlechthin nicht ruhen kann, am wenigsten ruhen kann, wenn Fürst Bismarck selbst Handelsminister ist. Aber einstweilen sehen wir noch immer nicht, daß die Wünsche und Pläne, die man hegt, sich zu diskutirbaren Vorschlägen verdichten.

Der laut telegraphischer Mittheilung am Dienstag verstorbene Karl Friedrich Reinhardt Freiherr v. Dalwigk war am 19. Dezember 1802 zu Darmstadt geboren, studirte in Göttingen, Berlin und Gießen die Rechte, trat 1828 in großherzoglich hessischen Staatsdienst, wo er sich bald derart hervorthat, daß er zu den wichtigsten Aemtern berufen wurde. 1850 wurde er Vertreter seiner Regierung am Frankfurter Bundestage, bald darauf in Darmstadt Minister des Innern, des Aeußern und endlich Ministerpräsident. Seine Ministerpräsidentenschaft überdauerte die Stürme des Jahres 1866; die Ereignisse von 1870/71 veranlaßten ihn zum Rücktritt, am 6. April 1871 nahm er seine Entlassung. Vorgeföhrt, wie bemerkt, ist er im Alter von beinahe 78 Jahren gestorben. Die deutsche Politik hat in ihm einen großen Mann verloren. Das Wiedererleben des deutschen Reiches unter Preußens Führung hatte mit dieser Spezies von Politikern ausgeräumt. Wenn zwei andere Führer der großdeutschen Partei aus den Sechziger Jahren, Graf Beust und Freiherr von Arnim, heute noch in etwas eine Rolle spielen, so verdankt Beust dies seinem Uebertritt in den österreichischen Staatsdienst, während Arnim's Wiedererscheinen bekanntlich andere „nationale“ Ursachen hat. Von allen vier genannten Persönlichkeiten hat vielleicht Dalwigk am meisten der Einigung Deutschlands widerstrebt. Es kann dem Verstorbenen leider nicht vergehen werden, daß er allein 1870 als hessischer Ministerpräsident schwankte, ob das Auftreten Frankreichs gegen Preußen und Deutschland als casus foederis zu betrachten sei, während die übrigen süddeutschen Staaten sich sofort auf Seite Preußens stellten. Die allgemeine Aufregung und die Begeisterung des Volkes zwangen natürlich auch Herrn von Dalwigk bald, seine reservirte Haltung aufzugeben. Die Errichtung des deutschen Kaiserreiches feierte er mit seiner besten nationalen That — mit seinem Rücktritt. Beinahe zehn Jahre hat er die freiwillig gewählte Ruhe genossen, bis ihn jetzt der Tod noch einmal in das Gedächtniß der Zeitgenossen zurückgerufen hat.

Ausschreitungen russischer Soldaten und Zollbeamten gegen preussische Staatsangehörige an der Grenze gehören bekanntlich nicht zu den Neuheiten, aber man hat nicht gehört, daß energisches Einseitigen Organe überhaupt oder mit Erfolg stattgefunden. Die neuesten Meldungen über die Mißhandlung an der Grenze bei Schmallingen sollen in der arg verstimmt und den Entschluß einer Beführung zur Folge gehabt haben, — wird abzuwarten sein.

„Allgemeine Wechselfähigkeit“, hten von den verschiedensten Körperschaften auch von der Berliner Advokatur ein Gutachten. Dasselbe ist soeben erstattet worden gegen jede Einschränkung der Wechselfähigkeit sehr motivirten Berichte, der in seinem von dem Vorsitzenden des Ehrenraths Herrn Geheimen Justizrath Alfert, erstattet istläufigeren die Gründe dieses Beschlusses

daß die preussische Regierung sich gegen die Erhebung der Gerichtskosten einen bezüglichen Antrag im Bundesrath ergehen, sondern einem solchen, wenn er von macht wird, entgegenzutreten werde, wird in angegeben. Man wird abwarten müssen, ob bestätigt. Galt die preussische Regierung unzeitgemäß, so kann sie sich nur von en, einmal, daß die Einnahmen der perabsetzung der Gerichtskosten vermindert daß es im Allgemeinen nicht wohlgethan erst so kurze Zeit in Kraft stehenden

Gesetz zu rütteln. Beide Gesichtspunkte aber sollten nicht ausschlaggebend sein gegenüber einem tatsächlichen Nothstande, den die praktische Erfahrung längst hinlänglich dargethan hat. Die Angelegenheit ist durchaus keine Parteifrage. Der Reichstag hat in der vorigen Session einen bezüglichen Antrag einstimmig angenommen, und die konservative Presse nimmt sogar für ihre Partei das Verdienst in Anspruch, zuerst auf diesen reformbedürftigen Punkt hingewiesen zu haben. An einer wohlfeilen Rechtspflege haben alle Parteien gleiches Interesse, und der Gesichtspunkt der fiskalischen Einnahmen kann doch wahrhaftig nicht entscheidend sein, wenn es sich um eine Gefährdung des Rechtsuchens handelt. Wenn seitens des Bundesraths nicht die Initiative in dieser Frage ergriffen wird, so wird der Reichstag nicht umhin können, diesem sehr gerechtfertigten und sehr populären Verlangen einen neuen verschärften Ausdruck zu geben.

Es verlautet, daß die preussische Regierung beabsichtige, 12 Baugewerkschulen in der Weise zu subventioniren, daß nach unentgeltlicher Hergabe des Lokals durch die betreffende Stadt zu den nicht durch Schulgeld gedeckten Kosten die Hälfte beigefeuert werden soll. Die betreffenden Anstalten würden bei 150—200 Zöglingen in 4 Klassen ein gesichertes Gedeihen finden. Endlich einmal eine Vorlage auf gewerblichem Gebiet in Aussicht, welcher auch die Liberalen mit Sympathie entgegensehen können. Deutsch-Crone, Insterburg, der Berliner Handwerkerverein und andere Städte und Körperschaften haben bereits derartige Anstalten begründet, um dem dringenden Bedürfnis nach tüchtiger Ausbildung der Maurer und Zimmerleute entgegenzukommen und es ist zu erwarten, daß solche als lebensfähig bewährte Anstalten zunächst subventionirt werden.

Das Vorgehen des Kultusministers v. Puttkamer gegen die Simultanschulen hat mehrere ultramontane und hochkonservative Gemeinden veranlaßt, sich direkt an den Kaiser wegen Beseitigung dieser Simultanschulen zu wenden. Das Vorgehen des Herrn v. Puttkamer stimmt nicht mit den Erklärungen überein, welche derselbe im Abgeordnetenhaus bei den Debatten über die elbinger Simultanschule abgegeben hat. Damals hob der Kultusminister hervor, daß er an denjenigen Orten, an welchen Simultanschulen bereits beständen, dieselben in ihrer Existenz nicht gefährden, sondern sie bestehen lassen werde. Was wir jetzt in Oberschlesien und anderen Gegenden erleben, widerspricht der Erklärung des Ministers auf das Entschiedenste. Dieses Vorgehen des Ministers wird die Erscheinung zu Tage fördern, daß Massenpetitionen wegen Aufhebung von Simultanschulen an beide Häuser des Landtags gelangen werden. Herr v. Puttkamer agirt hier um so entschiedener, als er weiß, daß ihm in seinen Maßnahmen eine konservativ-kerikale Mehrheit im Abgeordnetenhaus zur Seite steht. Man wird demnach ermeßen, was man von den Erklärungen des Herrn Puttkamer zu halten hat, daß er im Prinzip auf dem Boden der Fall'schen Schulgesetzgebung stehe.

Wie der „Schles. Presse“ aus Görlitz geschrieben wird, ist es den Bemühungen des Herrn Ober-Präsidenten von Seydewitz, des Präsidenten von Zedlitz und des Landraths von Salbern gelungen, für den vom Hochwasser betroffenen Theil der Oberlausitz eine sehr reiche Staatshilfe zu erhalten.

Der Oberpräsident von Schlesien hat, wie der „Germania“ privatim telegraphirt wird, die Theilung des katholischen Kirchenvermögens in Neisse angeordnet, und zwar in der Weise, daß die Katholiken den zweiundzwanzigsten Theil desselben, 732 Mark jährlich, erhalten; der Oberpräsident erklärt zugleich, daß die Kreuzkirche bei den Katholiken verbleibe. — Bestätigung dieses Telegramms ist abzuwarten.

Die neue „Liberalen Korrespondenz“ schreibt: „Wie unzertrennlich der wirtschaftspolitische Liberalismus mit dem allgemein politischen zusammenhängt, davon legt das Verhalten derjenigen „politisch Liberalen“, die auf wirtschaftlichem Gebiete reaktionäre Gelüste hegen oder doch denselben nachzugeben geneigt sind, ein lebendes Zeugniß ab. Als im Jahre 1879 der neue Zolltarif vorgelegt wurde, konnte es von vornherein keinem Zweifel unterliegen, daß dadurch nicht allein ein wirtschaftlicher Rückschritt herbeigeführt, sondern auch das Machtverhältnis zwischen Regierung und Reichstag durch die in die Hand der Ersteren fallenden finanziellen Machtmittel zu Ungunsten des Letzteren verschoben werden würde. Herr von Bennigsen erkannte dies in seiner Rede vom 6. Mai 1879 ausdrücklich an. Man hätte also erwarten sollen, daß auch diejenigen „politisch Liberalen“, die den Squaschollen mehr oder weniger geneigt waren, doch ihre Zustimmung unwillkürlich an solche Bedingungen knüpfen würden, die die Rechte des Reichstages unbedingt sicherzustellen geeignet wären. Aber an dergleichen war nicht zu denken. Die eigentlichen Schutzvölker unter den „Liberalen“, wie Löwe und Berger, hatten für die konstitutionelle Seite der Sache, sofern sie sie überhaupt erwähnten, nur einige allgemeine Redensarten ohne praktische Folge übrig, und selbst Herr von Bennigsen brachte es nicht über einen schwächlichen Anlauf hinaus und erklärte schließlich, er würde für den Zolltarif stimmen, wenn nur der Frankenstein'sche Antrag nicht angenommen wäre, also ohne alle konstitutionellen Garantien. Nebenbei ging es später bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen, durch die man eine ungeheure Machtvollkommenheit in die Hand einer dem Liberalismus feindlichen Regierung legte, ohne dafür mehr als einige ganz werthlose papierne „Garantien“ zu erlangen. Damals bezeichnete ein

die Verstaatlichung befürwortender „Liberaler“ (irren wir nicht, der Abgeordnete Riquel) es geradezu als einen überwundenen Standpunkt, daß man nicht zu viel Macht in die Hand der Regierung legen dürfe! Es ist nicht zu bezweifeln, daß derartige Vorgänge sich immer wiederholen werden; denn ernstlich ist wirtschaftliche Reaktion der Natur der Sache nach in der Regel mit einem Machtzuwachs der Regierung verbunden, und andererseits sind den meisten Menschen im innersten Herzen die wirtschaftspolitischen Fragen wichtiger als die konstitutionellen; wer Schutzvölker oder ausschließliche Staatseisenbahnen wünscht, wird so leicht nicht um konstitutioneller Prinzipien willen auf den vielleicht nicht wiederkehrenden günstigen Augenblick zur Realisirung jener Wünsche verzichten, sondern er wird die Gelegenheit beim Stürmchen ergreifen und sein konstitutionelles Gewissen durch einige passende Nebenwendungen zur Ruhe bringen. Um so notwendiger aber ist es, die wirtschaftliche Freiheit als gleichberechtigt in das Programm der liberalen Partei aufzunehmen. Daß die liberalen „Sesessionisten“ dies gethan haben, wird nicht am wenigsten dazu beitragen, ihrer Sache den endlichen Erfolg zu sichern.“

Es ist in Deutschland bei der Beurtheilung neuer Steuerprojekte die sehr bedenkliche Gewohnheit ausgekommen, daß man von vorn herein lediglich fragt, welche wirtschaftlichen, oder wohl gar welche moralischen Folgen die vorgeschlagene Steuer haben werde. Man wägt dann mit deutscher Gründlichkeit ihre Vortheile und Nachteile gegen einander ab, man findet dabei in der Regel, daß sie manche gute Seiten hat (welche Steuer hätte die nicht?), und daß manche ihrer allerdings unverkennbaren Schattenseiten (deren ebenfalls jede Steuer besitzt) durch gewisse Verbesserungen des Projekts wohl gehoben oder gemildert werden könnten. Im weiteren Verlauf fängt man an, sich für diese Verbesserungen mehr und mehr zu erwärmen, und wenn die Regierung nur nicht gar zu unnachgiebig ist, so ist unversehens ein Kompromiß fertig, das wenigstens von einer hinreichenden Anzahl ursprünglicher Gegner des ganzen Projekts angenommen wird, um der Regierung die Majorität für dasselbe zu sichern. Diejenigen aber, die dann im letzten Augenblicke kopfscheu werden und, nachdem sie vorher an der Verbesserung der Vorlage lebhaften Antheil genommen haben, sich nun noch wieder zurückziehen wollen, gerathen unfehlbar nach rechts und links, nach oben und unten in eine unhaltbare Stellung. Man hat sich eben von Anfang an auf eine schiefe Ebene begeben, auf der ein Anhalten nachher kaum möglich ist. Das einzig richtige Verhalten gegen neue Steuervorschläge ist, daß man vor Allem die Frage stellt, wozu der Ertrag verwendet werden soll, und so lange diese Frage nicht mit aller Bestimmtheit beantwortet ist, jedes weitere Eingehen auf das Projekt schlechterdings ablehnt. Denn jede neue Steuer ist schlecht, die nur eine neue Belastung, ohne daß ein hinreichendes Bedürfnis dazu vorliegt, zur Folge hat. Wird nachgewiesen, daß ein Defizit im Budget nicht anders als durch neue oder erhöhte Steuern beseitigt werden kann, oder daß die Sicherheit des Reichs einen anders nicht zu deckenden Mehraufwand erfordert, wohl, so überlege man im Reichstag oder Landtag, welche Steuer dazu die geeignetste ist. Erklärt die Regierung, daß bestehende Steuern ungerecht seien und deshalb durch neue ersetzt werden müssen, so verlange man vor Allem eine ganz bestimmte Auskunft darüber, welche bestehende Steuer abgeschafft werden soll; erst nach Ertheilung dieser Auskunft darf in die Erörterung darüber eingetreten werden, ob die vorgeschlagene neue vor der abzuschaffenden wirklich entschiedene Vorzüge besitzt, und im Falle der Bejahung dieser Frage sollte die neue Steuer nie anders bewilligt werden, als unter der Bedingung, daß sofort, Zug um Zug, die alte aufgehoben werde. Wird aber der Volksvertretung zugemuthet, — und das ist jetzt bekanntermaßen der Fall, — neue Steuern zu bewilligen gegen das allgemeine Versprechen, daß nachher die bestehende Steuerlast erleichtert werden solle, so ist darauf die einzig richtige Antwort die Zurückweisung dieser Zumuthung von vornherein und die Erklärung, daß man sich auf dergleichen da, wo es sich um das Wohl und Wehe des Volkes handelt, schlechterdings nicht einlassen könne. Dies sind so einfache Grundsätze, daß man meinen sollte, ihre Befolgung müßte sich für jeden Volksvertreter und für jedes Presseorgan ohne Unterschied der Parteistellung von selbst verstehen; und doch, wie ist in der letzten Zeit dagegen gesündigt worden, und wird bei den Diskussionen in Presse und Vereinen noch fortwährend dagegen gefehlt! Müchte man nur wenigstens an der entscheidenden Stelle, im Reichstage, bei den noch unerledigten Steuervorlagen, danach verfahren, wenn man auch das, was einmal geschehen ist, unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht rückgängig machen kann.

Anlässlich des vorgestrigen Jahrestages der Einnahme von Straßburg bringt das Organ der Protestpartei in Elsaß-Lothringen unter der Ueberschrift „Zehn Jahre Annexion“ einen Artikel, in welchem, wenn auch nur platonisch und theoretisch, der Protest gegen die Annexion wiederholt wird. Am Schluß des Artikels werden die Bedingungen genannt, unter welchen trotz alledem auch die Protestpartei bereit sei, sich an den öffentlichen Angelegenheiten wieder

zu betheiligen. Es heißt da u. A.: „In Deutschland ist es ein Gemeinplatz, der Mehrzahl der Elfaß-Lothringer den Vorwurf zu machen, sich in eine fruchtlose Protestation zu verschließen und sich an den Angelegenheiten ihres Landes nicht zu betheiligen. Es wäre gerechter, diesen Vorwurf gegen die politische Organisation zu kehren und sich zu fragen, ob dieselbe den Elfaß-Lothringern eine nutzbringende und aufrichtige Theilnahme an den inneren Angelegenheiten ihres Landes gestattet, indem sie achtungswürdige Gewissensrupel und schmerzliche Erinnerungen schont. Es giebt eine gewisse Summe politischer Freiheiten, ohne welche die Regierung des Landes durch sich selbst eine bloße Täuschung ist, und deren Abwesenheit die uneigennütigen und aufrichtigen Männer vor der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten unfehlbar abschreckt. Dieses Freiheitsminimum, welches Herr Thiers in einer berühmten gewordenen Rede einleitend die „nothwendigen Freiheiten“ hieß, könnte in Elfaß-Lothringen bloß durch Abschaffung der diktatorischen Gewalt, durch Ersetzung eines solidarischen und vor der Landesvertretung verantwortlichen Ministeriums, durch die Erwählung des Landesauschusses vermittelst direkter Wahlen, durch die Abschaffung des politischen Eides und des Gesetzes, welches der Regierung gestattet, die Municipalverwaltung außerordentlichen Kommissarien anzuvertrauen, zur Verwirklichung gelangen. Nur dadurch wird bei denjenigen Männern, die sich nicht mit leeren Worten abspeisen lassen, der Geschmack wieder rege werden, sich am öffentlichen Leben zu betheiligen.“ An die Verwirklichung dieser Forderungen ist natürlich nicht zu denken.

Ueber die Ermordung des Lord Mount-Morris wird gemeldet: „Während der Lord in eigenem Wagen seiner Festung Clambur (Grafschaft Galway) zufuhr, wurde er von sechs Kugeln, deren Mehrzahl den Kopf traf, hingestreckt. Der Verstorbene stand schon seit längerer Zeit mit seinen Pächtern in Prozeß und wurde bis ganz vor Kurzem beständig von einer Abteilung Polizei bewacht. Er hatte unmittelbar vor seiner Ermordung einer Versammlung von Friedensrichtern beigewohnt und einen Beschluß unterzückt, der die Regierung zur Anwendung von Zwangsmaßnahmen auffordert.“

In Lissabon hat am 20. September die Eröffnung des dritten literarischen Kongresses stattgefunden. Der regierende König Dom Luis und sein Vater König Ferdinand waren dabei zugegen. Henri Martin, ein französischer Gelehrter, begrüßte in einer schwungvollen Proclamation die beiden Könige. Dann sprach offiziell Louis Ulbach, und darauf hielten die Vertreter Deutschlands, Spaniens, Italiens und der anderen Länder Ansprachen an den König. Dann verlas der Sekretär der Gesellschaft den Bericht über die von ihr geleisteten Arbeiten seit ihrem letzten Kongresse in London. Daraus ging hervor, daß u. A. auf die Anregungen des Kongresses Frankreich eine Reihe von literarischen Verträgen mit Spanien und verschiedenen südamerikanischen Republiken geschlossen habe. Auf dem Kongresse in Lissabon soll besonders das Uebersetzungsrecht besprochen werden. Der Vertreter der italienischen Regierung wird das musikalische Eigenthumsrecht zur Sprache bringen, namentlich in Bezug von Meloben. König Dom Luis befragt sich in den Privatunterhaltungen lebhaft über den Nachdruck seiner Werke in Brasilien, die er zum Besten der Armen herausgegeben.

General Hancock, der demokratische Präsidentschaftskandidat, hat einen Brief veröffentlicht, in dem er sich lebhaft gegen die Zumuthung verwahrt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgend welchen Pensions-, Entschädigungs- oder sonstigen Geldansprüchen gerecht werden dürfe, die von den Konföderirten zur Zeit des Bürgerkrieges ausgegangen seien. Als Präsident würde er gegen alle auf dergleichen abzielende Gesetzentwürfe sein Veto einlegen.

Der Schooner „Greyhound“ hat nach San Francisco die Nachricht gebracht, daß auf Dominica, der größten der Marquesas-Inseln (in der Südsee), ein Aufstand der Eingeborenen gegen die französische Behörde ausgebrochen, aber durch die Ankunft eines französischen Kanonenbootes unterdrückt worden sei.

Trotzdem die chilenische Flotte am 31. August wieder einmal Callao, den durch eine kurze Eisenbahnstrecke mit der Hauptstadt Lima verbundenen Haupthafen Perus, bombardirt hat, scheint es ihr doch nicht möglich gewesen zu sein, an eben dieser Stelle Truppen von hinreichender Stärke ans Land zu setzen. Nach einem dem chilenischen Gesandten in Washington zugegangenen Telegramm wären dagegen 2500 Chilenen an dem Küstenplatz Chimbote, 370 Kilometer nördlich von Callao und Lima, gelandet worden. Verhält sich das in der That so, so haben wir ein höchst kühnes und gewagtes Unternehmen vor uns; denn die chilenische Armee mit dem ganzen feindlichen Lande zwischen sich und der Heimath würde jeder Operationsbasis entbehren, falls der Flotte durch Wetter oder feindliche Macht ein Unfall zustieße. Warum man als Ausgangspunkt des Angriffes auf Lima gerade einen Ort gewählt hat, der eine so große Strecke (370 Kilometer) nordwärts liegt, läßt sich vor dem Eintreffen näherer Nachrichten nicht erklären. Der Hafenort Chimbote ist gleichzeitig Ausgangspunkt einer nach Recuay führenden Eisenbahn, von wo die Entfernung nach Lima nur noch 280 Kilometer beträgt. Ob jene Friedensverhandlungen, von denen kürzlich die Rede war, inzwischen gescheitert sind oder ob man von chilenischer Seite bloß noch einen letzten Druck ausüben will, läßt sich aus den vorliegenden Nachrichten nicht ersehen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 29. September. [Das Auerrecht. Bennisgen.] Bekanntlich nahm das Abgeordnetenhaus in seiner letzten Session einen Antrag des Schorlemers an, welcher für die Provinz Westfalen die Einführung eines Auerrechts, d. h. von Bestimmungen verlangte, wonach beim Tode

eines Hofbesizers, der nicht durch Testament anderweitige Anordnungen getroffen hat, ein Erbe das Gut ungetheilt und zu einer, ihn vor den übrigen Erben bevorzugenden Lage erhalten soll. Auf Herrn v. Bennisger's Antrag wurde die Befragung der Landtage der übrigen Provinzen darüber, ob nicht auch für sie eine solche „Reform“ wünschenswerth sei, beschlossen — doch mit viel geringerer Majorität, da in Westfalen wenigstens vielfach ein gewohnheitsmäßiges Auerrecht besteht, in den alten Provinzen aber eine solche Institution den Sitten vollkommen fremd ist, wenngleich der Bauer es auch hier im Allgemeinen sehr gut versteht, den Hof zusammenzuhalten. Inzwischen ist aus Westfalen selbst Widerspruch gegen das Projekt, insbesondere gegen die exorbitant hohe Bevorzugung, welche Herr v. Schorlemmer dem Auerben zugebacht hat, laut geworden; noch lebhafterer Widerspruch ist aus vier rheinischen Kreisen erhoben worden, die der Zentrumsführer in das Gesetz für Westfalen mit hineinziehen wollte; im Osten ferner haben mehrere Provinzial-Landtage sich entschieden gegen das Auerrecht ausgesprochen, während einer oder zwei eine Majorität dafür, aber unter heftigem Widerspruch einer Minderheit, ergaben. Die Frage ist nun, wie die Regierung sich zu der Angelegenheit stellt; im Abgeordnetenhaus hatte der Landwirtschafts-Minister Lucius den Antrag gegenüber, als sie zuerst auftauchte, große Zurückhaltung gezeigt, seitdem aber hatte man nichts mehr darüber gehört. Wie jetzt verlautet, ist für die bevorstehende Session ein Gesetzesentwurf für die östlichen Provinzen, der ein Auerrecht einführt, keinesfalls zu erwarten; mit Recht ist man innerhalb der Regierung der Ansicht, daß nicht einmal in den Provinzen, deren Landtage mit Majorität sich günstig geäußert haben, dadurch ein Bedürfnis zu einem so tiefen Eingriff in das Erbrecht als konstatirt zu erachten, und noch weniger kann dies natürlich da behauptet werden, wo die Provinzial-Landtage sich verneinend geäußert haben. Es gilt aber auch als wahrscheinlich, daß für Westfalen die Angelegenheit in der bevorstehenden Session nicht weiter geführt wird, da mindestens über die Einzelheiten, besonders über das Maß der Bevorzugung des Auerben, noch die ernstesten Zweifel bestehen. Ob das „Aufgehoben“ in diesem Falle ein „Aufgehoben“ bedeutet, das wird davon abhängen, ob bis über's Jahr die allgemeine Reaktion weitere Fortschritte macht oder nicht; im ersteren Falle ist auch für die östlichen Provinzen eine Beschränkung des bürgerlichen Erbrechts nicht ausgeschlossen, die einen Rückschritt bis hinter die Agrargesetzgebung von 1808 bedeuten würde. — Entgegen den Zeitungs-Meldungen, wonach Herr v. Bennisgen bei seinem jüngsten Aufenthalte in Berlin mit den Führern der Sezessionisten konferirt haben sollte, ist zu bemerken, daß keiner derselben ihn gesehen hat. Bei dem zurückhaltenden Wesen Bennisgen's war auch durchaus nicht anzunehmen, daß er eine solche Initiative ergreifen würde — wie andererseits durch das Unterbleiben einer Begegnung nichts an seiner Stellung zu den Sezessionisten geändert wird, wie Herr von Bennisgen sie in der Versammlung zu Hannover in bekannter, vorfälliger Art konstatirt hat. Er hatte hier provinziell-hannoversche Geschäfte, und er hat sich daneben mit einigen Mitgliedern seiner Fraktion besprochen.

Der Kronprinz, die Kronprinzessin und Prinz Wilhelm reisten Dienstag Abend nach Kiel ab. Sie trafen um 9 Uhr 15 Min. dort Vorm. ein. Zum Empfang des kronprinzlichen Paares war der Wartesaal in einen Blumengarten umgewandelt. Die ebenfalls zur Begrüßung erschienene Pröpsin Gräfin Rentlow überreichte der Frau Kronprinzessin ein prächtiges Bouquet. Vom Bahnhof begab die höchsten Herrschaften sich unverweilt an Bord der kaiserlichen Yacht „Hohenollern“, welche hierauf den Hafen verließ, um den heimkehrenden Prinz Adalbert, an dessen Bord Prinz Heinrich, zuerst auf hoher See zu begrüßen. Die kronprinzliche Familie trifft Donnerstag, 30. September früh, in Berlin wieder ein, um alsdann nach dem Neuen Palais weiter zu reisen. Prinz Heinrich wird, wie verlautet, seine Eltern nicht begleiten, sondern bis zur Beendigung der 1. See-Offizierprüfung, welche am 1. Oktober auf der Marineschule zu Kiel für die an Bord des „Prinz Adalbert“ befindlichen Seekadetten beginnt, in Kiel verbleiben. Nach dem Schluß des Cramens wird Prinz Heinrich dann nach Potsdam kommen und sich alsdann mit dem Kronprinzen zur Begrüßung der Majestäten nach Baden-Baden begeben. Wie man hört, werden der Kaiser und die Kaiserin am 14. Oktober mit den kronprinzlichen Herrschaften, welche Tags zuvor erst noch die Ausstellung in Düsseldorf zu besuchen gedenken, in Brühl zusammentreffen, um am 15. Oktober der Domweih in Köln beizuwohnen. Von dort kehren dieselben nicht nach dem Neuen Palais zurück, sondern begeben sich zu kurzem Verbleibensaufenthalte nach Wiesbaden. Nach der Rückkehr von Wiesbaden wird die kronprinzliche Familie ihre Winterresidenz in Berlin nehmen.

Frankfurt a. M., 28. Sept. [Vereinstag des Nothen Kreuzes.] Der Präsident des Vereinstages, Regierungsrath Haß, verlas bei Beginn des gestrigen Diners ein inzwischen eingegangenes Telegramm der Kaiserin:

„Ich danke für den Gruß des zweiten deutschen Vereinstags, den ich herzlich willkommen heiße. Meine vollste Theilnahme zu den Beratungen der deutschen Landesvereine vom Nothen Kreuz, indem ich dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck verleihe, daß dieselben von wahren Erfolg begleitet und in jeder Weise geeignet sein möchten, unsere gemeinsamen nationalen Interessen auch fortan zu gewährleisten, die von den Landesvereinen so wirksam in bewegter und in feierlicher Zeit bis jetzt vertreten und gefördert worden sind.“

Die heute alsbald nach 10 Uhr durch den Präsidenten eröffnete zweite Sitzung des Vereinstages des Nothen Kreuzes begann mit dem Berichte der Kommission, welcher die sogenannte Uniformfrage der auf dem Kriegsschauplatz erscheinenden Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege zu erörtern beauftragt war. Verwaltungsrathsath Sachs-Karlshude verlas die von der Kommission verfaßte Resolution, nach welcher der Vereinstag aussprechen soll, daß es dringendes Bedürfnis sei, diese Angelegenheit alsbald zur Erledigung zu bringen, und daß das Central-Komitee zu ersuchen sei, eine Vereinbarung nach dieser Richtung mit dem kaiserlichen Kommissär zu treffen, eventuell an Allerhöchster Stelle eine Entschlieung herbeizuführen. Der Referent begründet ausführlich die Nothwendigkeit einer im deutschen Reiche gleichmäßigen Uniform aller in der Krankenpflege thätigen Personen. Nach einigen Bemerkungen zweier Anwesenden wird die Resolution von der Versammlung angenommen. Der Präsident verliest hierauf das soeben eingegangene Telegramm Ihrer Majestät der Kaiserin:

„In persönlichem Erscheinen in Ihrer Mitte leider verhindert, danke ich herzlich aus der Ferne den Landesvereinen in ihren versammelten Vertretern für ihre treue Eingebung und ihre Leistungen, besonders aber im Namen deutscher Frauen für

die uns gewährte Gegenseitigkeit der Hilfe und des Beistandes. Wir haben gemeinsam einen großen Zweck vor Augen und Gottes Segen ruht auf unserer Arbeit. In den kommenden Tagen wird die Vollendung des Kölner Domes gefeiert, als Wahrzeichen deutscher Einheit. Ich füge dem Schlusse eine Urkunde bei über Ihre ersten, freudig begrüßten Botschaften: die Vereinigung der deutschen Landes- und Hilfsvereine unter dem Nothen Kreuze zu einem Gesamtverbande als Preis der Vergangenheit, als Bürgschaft der Zukunft.“

Die Versammlung beantwortet dasselbe durch ein vom Präsidenten ausgebrachtes Hoch auf Ihre Majestät, und wird nachstehendes Telegramm nach Baden-Baden abgesendet:

„Ew. Majestät dankt ehrerbietig der versammelten Vereinstag der deutschen Vereine unter dem Nothen Kreuze für die ihm Allerhöchstdinstig erwiesene Guld. Mit Gottes Hilfe wird der vollendete Kölner Dom gemäß Ew. Majestät großherzigem Gedanken für uns wie für alle Deutschen eine beständige Erinnerung sein: einig und treu zusammenzuwirken in Lösung der gemeinsamen Aufgaben zu des Vaterlandes Besten.“

Es wird demnächst in den gestern abgebrochenen Debatten über den dritten Gegenstand der Tagesordnung eingetreten, zu welchem der Referent Freiherr v. Criegern das Wort nimmt. Die gedruckt vorgelegte Resolution der Kommission, Aufstellung einer Preis-Aufgabe betreffend, lautet:

„Als Gegenstand der von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin gewünschten und dotirten Preisarbeit folgendes zu bezeichnen: Ausarbeitung eines Handbuchs, welches eine systematische und praktische Anleitung giebt sowohl für die vorbereitende Thätigkeit der Vereine vom Nothen Kreuze im Frieden, als insbesondere für deren Wirken im Kriege. In letzterer Beziehung soll auf Grundlage der Kriegs-Sanitäts-Ordnung von 10. Januar 1878 und unter Verwerthung der gemachten Erfahrungen für sämtliche Organe der freiwilligen Krankenpflege (Vereine, Genossenschaften, Delegirte) ein lebendiges Bild ihrer Funktionen und Zuständigkeiten, sowie deren Beziehungen sowohl zu einander als zu den Militär-Behörden, dem kaiserlichen Kommissär und sonstigen Staatsbehörden gegeben werden. Die Ausführung dieses Beschlusses bzw. die Ausschreibung der Preisfrage selbst in ihren näheren Einzelheiten ist dem Central-Komitee zu übertragen.“

Nach einer kurzen Pause wurde Nr. 4 der Tagesordnung zum Gegenstand der Besprechung unterworfen: „Wie kann dem Mißbrauche des Vereins-Abzeichens durch Personen, die außer Verbindung mit den Vereinen stehen, entgegengetreten werden?“ Rechtsanwält v. Voelke-Damburg hatte für diese Frage das Referat übernommen. Derselbe führte die einzelnen Fälle des Mißbrauchs vor. Ein Antrag, der dahin geht, das deutsche Central-Komitee zu ermächtigen, die nöthigen Schritte bei den Reichsbehörden anzubahnen, daß Bestimmungen getroffen werden, die den Mißbrauch des Nothen Kreuzes bestrafen, wird angenommen. Hiermit hat der zweite Vereinstag der „deutschen Landesvereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“ seine Sitzungen geschlossen.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 30. September.

r. [Am heutigen Geburtstage der Kaiserin] sind die öffentlichen Gebäude unserer Stadt mit Fahnen geschmückt.

g. Das Verfahren bei Verhängung von Schulstrafen im Exekutivwege soll nach einem Vorschlagsentwurf der hiesigen königl. Regierung, welche denselben den Landrath und Kreis-Schulinspektoren zur Begutachtung hat zugehen lassen, einer eingreifenden Abänderung unterworfen werden. Der Entwurf ist das Ergebnis einer Sitzung des königl. Provinzial-Schullegiums, an welcher außer den besagten auch die Departements-Schulräthe der königl. Regierung zu Bromberg Theil genommen haben. In dieser Berathung wurde hervorgehoben, daß die Berechtigung der Verwaltungsbehörden, die Schulversammlungen gegen die Eltern mit Exekutivstrafen zu ahnden, in neuerer Zeit zwar vielfach in Frage gestellt und die Befragung der Versammlungen im Wege des polizeilichen Untersuchungsverfahrens verlangt worden, daß es jedoch für die Schulverwaltung äußerst wünschenswerth sei, die Schulversammlungen nach wie vor durch Exekutivstrafen zu ahnden. Denn 1) könne hierbei die Höhe der Strafe dem konkreten Falle angepaßt werden, während nach dem Reichsstrafgesetze die Strafe für eine Uebertretung mindestens eine Mark bzw. einen Tag Haft betragen müsse. Diese zu harten Strafen müßten 2) Veranlassung zur Mißstimmung gegen die Schule besonders bei der armen Bevölkerung erzeugen und den Zweck derselben, nämlich den geregelten Besuch der Schule, vereiteln. 3) Das Exekutivverfahren sei einfacher und weniger kostspielig; 4) würden in allen Fällen der Provoaktion auf gerichtliche Entscheidung die Lehrer als Zeugen vorgeladen werden müssen, was sehr häufigen Ausfall des Unterrichts zur Folge haben werde, und 5) sei bei dem jetzigen Verfahren ein nachträglicher Erlass oder eine Milderung der festgesetzten Strafe zulässig, während bei dem polizeilichen Erlass einer Strafe nur im Wege Allerhöchster Würde. Das jetzige Exekutivverfahren ließe sich rechtfertigen, da durch § 48 II. 12 des Allg. die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 14. März sämmliger Kinder Strafen und Anfeindungen und auch nach der Ansicht der Kompetenzkommission durch Exekutivstrafen erfolgen dürften, strafenden unter Androhung der Polizei-Behörde ein Kind in die Schule zu schicken unbesorgt gelassen Abänderung der bis jetzt in Kraft stehenden 1857. betr. die Kontrolle des Schulbesuchs, in folgender Weise unentschuldigter Schulversäumung Polizeibehörde verhängt werden, worauf die Eltern bzw. deren Stellvertreter bestimmt vorgeschrieben ist. Mit Aufnahme der Verhandlung über ein Exekutivbeamter (Gendarm) aufträgt werden. Die Verwarnung I. oder deren Stellvertreter auch durch pflichtbescheinigung erteilt werden. Empfangsbefcheinigungen sind den Ortsrath zuzustellen. Wenn die Verwarnung des Regierungsbezirks, so sind die Verwarnungen aus denselben resp. die Empfangsbefcheinigungen des neuen Wohnorts zuzutragen sind die erfolgten Verwarnungen zu vermerken. Die Höhe der verhängten Strafe auf 5 bis 50 Pfennig pro Tag erstrecken und unfähigkeit für 10 bis 50 Pfennig Strafe nach Umständen für 50 bis 80 Pfennig eintreten. — Dies neue Verfahren ist leider Bureauarbeiten in der Schule zum Schade.

§ Schrimm, 28. Sept. [Mord.] aus Ludwifowo in der Nähe unserer Stadt vermißt worden, nachdem er an diesem Ort ein Paar neue Stiefel gekauft Müller dienenden Braut in der Ludwifowo hin begleitet worden

Produkten-Börse.

Berlin, 29. September. Wind: NW. Wetter: Bewölkt. Weizen per 1000 Kilo loco 180-235 M. nach Qualität gefordert. K. gelb. 200-218 M. ab Bahn bez., per September - bez., per September-Oktober 212-211-211 1/2 bez., per Oktober-November 208-207-209-208 bez., per November-Dezember 207-206-209 bis 208 bezahlt, per Dezember-Januar - bezahlt, per April-Mai 209-208-210-209 bez., Gefündigt 9000 Zentner. Regulirungspreis 212 M. - Roggen per 1000 Kilo loco 200-212 M. nach Qualität gef., russischer 208-205 ab Bahn bez., inländ. 200-211 M. ab Bahn bez., feiner - M. a. B. bez., per September 204 bez., per Sept.-Oktober 203 1/2-202 1/2-203 1/2 bez., per Oktober-November 200 1/2-199 1/2-201-200 1/2 bez., per November-Dezember 198 1/2-197 1/2 bis 199 bez. Br., per Dezember-Januar - bezahlt, per Januar-Februar - bez., per April-Mai 191-190-191 1/2-191 bez., Gefündigt 2000 Ztr. Regulirungspreis 204 M. bezahlt. - Gerste per 1000 Kilo loco 140-195 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 133-165 nach Qualität gefordert, russischer 137-146 bez., ost- und westpreussischer 138-147 bezahlt, pommerischer und medlenburgischer 144-147 bez., schlesischer 140-147 bez., böhmischer 140-147 bez., per September - bez., per September-Oktober 145 1/2 bez., per Oktober-November 140 bez., per November-Dezember 140 Br., per April-Mai 145 bez., Gefündigt 7000 Zentner. Regulirungspreis 145 1/2 bez. - Erbsen per 1000 Kilo Roowaare 193-210 M., Futterwaare 180 bis 192 M. - Mais per 1000 Kilo loco 124-129 bez. nach Qualität, rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - M. f. B. bez., - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,00-31,00 M., 0: 30,50-29,50 M., 0/1: 29,50-28,50 M., - Roggenmehl infl. Sack 0: 29,75-28,75 M., 0/1: 28,75-27,75 M., per September 28,90-28,80 bez., per September-Oktober 28,90-28,80 bez., per Okt.-November 28,50-28,45 bez., per November-Dezember 28,30-28,25 bez.,

per Dezember-Januar - bezahlt, per April-Mai 27,50 bezahlt. - Gefündigt 3500 Zentner, Regulirungspreis 28,80 M. - Delfaat per 1000 Kilo Wintertraas neuer - Raff. Wintertraas neuer - Raff. - Rüölöl per 100 Kilo loco ohne Faß 53,5 M., flüssig - M. mit Faß 53,8 M., per September 53,8-53,7 bez., per September-Oktober 53,8-53,5-53,7 bez., per Oktober-November 53,8 bis 53,5-53,7 bez., per Nov.-Dezember 55,0-55,8 bez., per Dezember-Januar 56,0-55,8 bez., per Januar-Febr. - bez., abgelassene Sch. - bez., April-Mai 57,7 bez., per Mai-Juni - bez., Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - bezahlt. - Leinöl per 100 Kilo loco 65 1/2 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 31,5 M., per September 30,3 bis 30,7 bez., per Sept.-Okt. do. bez., per Okt.-Novbr. 30,5-30,7 bez., per November-Dezember 30,8-31,0-30,8 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai - bez., Gefündigt 2700 Zentner. Regulirungspreis 30,8 M. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 58,4 bis 58,2 bez., per September 60,0-58,5 bez., per September-Oktober 58,1-57,8 bez., per Oktober-November 56,8-56,4 bez., per November-Dezember 56,1-55,8-55,0 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 57,8-57,4-57,5 bez., Gefündigt 400,000 Liter. Regulirungspreis 59,0 M. (Berl. Börz.-Ztg.)

Bromberg, 29. September 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: unverändert, alter hochb. u. gläsig 215-228 M. neuer nach Qualität 180-215 M. Roggen: fest, feiner loco inländischer 195-198 M. geringe Qualt. 170-185 M. Gerste: unverändert, feine Brauw. 160-170 M. große 150-160 M. kleine 140-145 M. Hafer: still, loco alter 160-135 M., neuer 140-145 M. Spiritus: pro 100 Liter à 100 pSt 56,50-57 M. Stettin, 29. September. (An der Börse.) Wetter: Regnig. Temperatur + 12 Grad R. Barometer 28,5. Wind: West.

Weizen niedriger, per 1000 Kilo loco gelber 198-210 M., weißer 208-212 M., per September-Oktober 208-207-208 M. bez., per Oktober-November 204,5 M. bez., per Frühjahr 206-203,5-204,5 M. bez., - Roggen loco 1000 Kilo loco inländischer 196-203 M., russischer 195-199 M. bez., per September-Oktober 202-200 M. bez., per Oktob.-Nov. 197 M. bez., per Novbr.-Dezbr. 195 M. bez., per Frühjahr 187,5-186 M. bez., - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco geringe 140-145 M., Hafer 150-165 M., Oderbruch 150-161 M., - Hafer stille, per 1000 Kilo loco pommerischer 135-147 M., - Erbsen stille, per 1000 Kilo loco Futter 175-180 M. bez., Koch- 185-195 M., - Mais pr. 1000 Kilo loco 128-134 M., - Winterweizen steigend, per 1000 Kilo loco 220-243 M., per Sept.-Oktober 246 M. Gd., per Oktober-November 246 M. Gd., per April-Mai 261 M. bez., - Wintertraas per 1000 Kilo loco 235-245 M. bez., - Rüölöl geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Riemigsteiten 55,5 M. Br., per September und per September-Oktober 54,5 M. Br., per Oktober-November 55 M. Br., per November-Dezember - M. bez., per April-Mai 58 M. Br., - Spiritus loco und September-Lieferung niedriger, spätere Termine wenig verändert, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 57,8 M. bez., per September 57,5 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 56,9-56,8 M. bez., Br. u. Gd., per Oktober-November 55,3 M. bez. u. Br., per November-Dezember 54,5 M. Br. u. Gd., per Frühjahr 56,2-56 M. bez., - Angemeldet: Getreide nach 2000 Ztr. Weizen, heute 4000 Ztr. Roggen, 40,000 Liter Spiritus. - Petroleum loco 11,75 M. tr. bez., Regulirungspreis 11,75 M., - Regulirungspreise: Weizen 208 M., Roggen 201 M., Rüölöl 246 M., Rüölöl 54,5 M., Spiritus 57,5 M. Heutiger Landmarkt: Weizen 203-210 M., Roggen 195-204 M., Gerste 158-166 M., Hafer 148-153 M., Erbsen 185-195 M., Rübsen - M., Kartoffeln 39-51 M., Heu 1,5-2,5 M., Stroh 27-33 M. (Office-Ztg.)

Berlin, 29. September. Die Abendbörsen waren ziemlich fest verlaufen, hatten aber durch ihre Meldungen dem hiesigen Verkehr keine Anregung gegeben. Derselbe eröffnete trotz der matten Tendenz, welche die Wiener Vorbörse sandte, ziemlich fest, jedoch nicht so günstig, wie im Interesse der schwebenden Kauf-Engagements gewünscht ward. Die Course der leitenden Speculationspapiere setzten eine Kleinigkeit über den beruhigten Schluss des gestrigen Nachgeschäfts ein. Kredit-Aktien und Bergwerkspapiere, so wie Bergische Eisenbahnaktien und ungarische Goldrente wurden als fest bezeichnet; auch sonst behaupteten sich Anfangs die Course, jedoch nur für kurze Zeit. Die Käufer waren

bei Eröffnung zurückhaltend, und traten Angesichts des immer deutlicher werdenden Uebergewichts der Verkaufslust der Inhaber von Kauf-Engagements allmählig in den Hintergrund. Die Course gaben nach; die frühere Bestimmung kam wieder zur Geltung. Blanko-Abgaben drückten im Verein mit Realisationen die Course und die Haltung ermattete im allgemeinen. Besonders gaben Kreditaktien und Disconto-Kommandit-Antheile nach; aber auch österreichische und deutsche speculative Bahnwerthe lagen matt, fremde Renten nicht fest und russische Werthe recht schwach. Das Geschäft entwickelte sich schmerzhaft, aber die nur geringfügigen Schwankungen ließen fortge-

setzt eine Neigung der Course zur Bewegung nach unten erkennen. Die gegen baar gehandelten Aktien blieben vernachlässigt, Anlagemethe eher matt und still. - Der weitere Verlauf des heutigen Verkehrs brachte nur rasch vorübergehende Erholungen. Die unverändert außerordentlich tief eingreifende Geldknappheit, welche heute zu Zinszahlungen bis über 9 Prozent Anlag. ab, verbunden mit Zwangsbekäufen, drückten den gesammten Markt. - Per Ultimo notirte man Franzosen 474 1/2-475-2 1/2-475, Lombarden 138,50-8-138,50, Kreditaktien 483-1-5-484,50, Disconto-Kommandit-Antheile 174,40 bis 3,50 bis 174,50. Der Schluss war ziemlich fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 29. September 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Ob.-Deichd.-Obl., etc.

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Romm. G. u. B. L. 120, do. II. IV. 110, etc.

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Amerik. rdz. 1881, do. do. 1885, etc.

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Italienische Rente, do. Tab.-Oblig., etc.

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Amsterd. 100 fl. 8 Z., London 1 Lfr. 8 Z., etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table with 2 columns: Bank/Company Name and Price/Value. Includes items like Badische Bank, Bl. f. Rheinl. u. Westf., etc.

Industrie - Aktien.

Table with 2 columns: Industry/Company Name and Price/Value. Includes items like Brauerei Pagenhof, Dänneb. Kattun, etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table with 2 columns: Railway/Company Name and Price/Value. Includes items like Aachen-Mairicht, Altona-Kiel, etc.

Eisenbahn - Prioritäts-Obligationen.

Table with 2 columns: Railway/Company Name and Price/Value. Includes items like Aach.-Mairicht, do. do. II., etc.

Münster-Hamm

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Niederl.-Mair., Rhein. St. A. abg., etc.

Eisenbahn - Prioritäts-Obligationen.

Table with 2 columns: Railway/Company Name and Price/Value. Includes items like Aach.-Mairicht, do. do. II., etc.

Oberöschl. v. 1874

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Krieg-Keisse, do. Sof.-Derb., etc.

Ansländische Prioritäten.

Table with 2 columns: Bond/Stock Name and Price/Value. Includes items like Elisabeth-Weißbahn, Gal. Karl-Ludwigl., etc.